



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Libyen 2017

Kein Staat in Sicht

Nach wie vor gibt es keine funktionierende Regierung in Libyen. Das "House of Representatives" (HoR) in Tobruk, das nach Abschluss des durch die UN vermittelten nationalen Abkommens ("national accord") im Dezember 2015, die Funktion eines Parlaments in einer künftigen Einheitsregierung hätte, versagte dem Präsidialrat (Presidency Council) in Tripolis und der von ihm besetzten "Einheitsregierung" weiterhin die Legitimierung. Die Zustimmung scheiterte an der Vergabe von Ministerposten, die aber auch innerhalb des Präsidialrats umstritten sind. Insbesondere in der Kritik steht 2017 Verteidigungsminister Mahdi al-Barghathi der mit der Miliz "Benghazi Defence Brigades" in der Küstenstadt Benghazi direkt verbunden sein soll. Die Miliz griff im März 2017 Ölquellen und Verladestationen, die offiziell vom HoR verwaltet werden an, um sie selbst auszubeuten und vertiefte das Misstrauen gegenüber dem Präsidialrat und der "Einheitsregierung". Defakto üben in Libyen vor Ort lokale Stadtverwaltungen und vor allem Milizen die politische Macht aus die sich mit dem Sturz des Gaddafi Regimes etablierten und seitdem eigene Machtansprüche und Einfluss auf regionaler Ebene oder nationale mit Waffengewalt durchsetzen.

Das HoR übt mit der verbündeten Libyan National Army (LNA) weitgehende Kontrolle in Ostlibyen aus. Khalifa Haftar der die LNA anführt soll jedoch eigene politische Ambitionen verfolgen und eine Militärübergangsregierung in ganz Libyen präferieren. Präsidialrat und "Einheitsregierung" in Tripolis werden von der UN und internationalen anerkannt, ihr Einfluss reicht aber über Tripolitianien (Region der Hauptstadt) nicht heraus und die Rumpfregierung besitzt auch in Tripolis nur wenig Anerkennung im Land selbst - auch weil die offiziellen Autoritäten von starken Milizen abhängig sind und diese in allen Sicherheitsbelangen relevanter für die Bevölkerung sind als die mehr oder weniger machtlosen staatlichen Autoritäten.

Im Frühjahr vertrieben Präsidialratstreue Milizen das dritte politischen Machtzentrums, die "nationalen Rettungsregierung" (National Salvation Government) aus Tripolis, die in Konkurrenz zur nationalen Einheitsregierung weiter bestand und nun an Einfluss und politischer Bedeutung verlor. Das UN-Panel, das regelmäßig dem UN-Sicherheitsrat zur Situation in Libyen berichtet hält alle Milizen für opportunistisch. Statt einer Entwaffnung und Integration von Milizen in neu aufzubauende staatliche Strukturen, finde eine Infiltration staatlicher Posten und Ressourcen durch Milizen statt, die diese dann für eigenen Interessen und Zwecke nutzten.

Bericht des Libyen Panel an den UN Sicherheitsrat, Dokument S2017/466

<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/N1711623.pdf>

Geschäftsmäßige Entführung, Folter und Lösegelderpressung durch alle Milizen

Am 21. März erschien ein Bericht des UN Human Rights Council und wirft allen libyschen Milizen schwere Menschenrechtsverletzungen vor, darunter systematische Entführung, Folter und Lösegelderpressung libyscher Zivilist:innen. Beteiligt sind alle, auch die Milizen, die loyal gegenüber dem HOR in Tobruk oder dem Präsidialrat in Tripolis sind beziehungsweise für diese offiziell Sicherheitsdienste leisten.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/5918/2017/en/>

In einer Pressemitteilung vom 8. Mai 2017 weist Amnesty nach der Entführung des Universitäts Professor Salem Mohamed Beitelmal am 20. April in der Nähe seiner Wohnung in Siyyad, (Außenviertel von Tripolis) auf das Dilemma hin dass Milizen einerseits als Sicherheitsdienste fungieren und die Kriminalität bekämpfen sollen, andererseits selbst führend in kriminelle Aktivitäten verstrickt sind und die schwachen staatlichen Autoritäten sie nicht stoppen (können).

Der Fall zeige erneut die ständige Gefahr der Zivilbevölkerung durch Milizen. Der Fall zeige aber auch die Komplizenschaft von politischen und staatlichen Vertreter:innen, die keine Anstalten machen das lukrative Geschäft der Milizen zu stoppen, bewertete Heba Morayef, von Amnesty Nord Afrika den Vorfall.

Der Tatort, das Stadtviertel Siyyad wird durch Milizen kontrolliert von denen einige offiziell unter Leitung des Innenministeriums andere unter Leitung des Verteidigungsministeriums stehen - beide Fraktionen sind also loyal gegenüber der "Einheitsregierung" in Tripolis. Bis dato übernahm keine von ihnen Verantwortung bzw. wurde nicht bekannt ob und welche Miliz von der Familie Lösegeld forderte.

Libysche Medienberichte zitierten einen Report des libyschen Innenministeriums, demnach wurden allein zwischen dem 15. Dezember 2016 und dem 31. Januar 2017 insgesamt 293 Entführungen bekannt. Da die meisten Familien aus Angst vor Gewalt gegen weitere Familienmitglieder durch Milizen, Entführungen nicht anzeigen sondern Lösegeld stillschweigend zahlen oder sich an eine andere Miliz wenden die dann mit den Entführern verhandelt gilt diese Zahl als kleiner Ausschnitt. In der Regel misshandeln und foltern Milizen die Entführungsoffer und bedrohen sie mit dem Tod um die Familien zum Freikauf zu erpressen.

Medienbericht zum Report des Innenministeriums:

<https://www.libyaherald.com/2017/02/05/the-kidnappings-continue-particularly-in-tripoli/>

Die meisten Entführungen sind nach Amnesty Erkenntnissen kommerziell motiviert. Die Milizen erpressen damit direkt Geld von den Familien. Milizen entführen aber auch Zivilist:innen aus Gegenden konkurrierender Milizen um sie gegen Entführte des eigenen Gebiets austauschen zu können. In

besonderer Gefahr Zivilist:innen, die das Milizgebahren öffentlich kritisieren oder dazu recherchieren wie Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen, viele von ihnen verschwanden nach Entführungen und wurden vermutlich ermordet.

In Libyen können die Milizen ungestört ihren kriminellen Geschäften nach gehen und schwere Menschenrechtsverletzungen verüben. Auch Milizen, die offiziell für den von den UN anerkannten Präsidialrat und der vom Präsidialrat geschaffenen "Einheitsregierung" arbeiten müssen bislang keine Konsequenzen befürchten und agieren ungestört außerhalb staatlicher Kontrolle und rechtsstaatlicher Regeln. Dasselbe gilt auch für kriminelle Taten und Menschenrechtsverletzungen der LNA die legitimiert vom HoR die Kontrolle in weiten Teilen Ostlibyens ausübt sowie weitere dort agierende Milizen die sich loyal zum HoR erklärten.

Morayef fordert die offiziellen politischen Akteure in Libyen auf, finanzielle Leistungen an all jene Milizen zu stoppen, die aktiv in Entführungsgeschäften und weiteren kriminellen Geschäftsfeldern sind.

Amnesty fordert auch den Internationalen Strafgerichtshof, der ein Mandat in Libyen hat, die Verbrechen aller Milizen zu untersuchen und anzuklagen auch der "Staatsloyalen".

Pressemitteilung: "Libya: University professor latest in string of victims targeted in epidemic of militia abductions"
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/05/libya-university-professor-latest-in-string-of-victims-targeted-in-epidemic-of-militia-abductions/>

Kriegsverbrechen durch Angehörige der Libyan National Army (LNA)

In einer Pressemitteilung vom 23. März verurteilte Amesty Misshandlungen und extralegale Hinrichtungen von Kriegsgefangenen durch Libyan National Army (LNA) Mitglieder. Die LNA entstand 2011 aus abtrünnigen Verbänden der libyschen Armee die sich gegen Gaddafi wandten, sowie aus größeren Milizen die gemeinsame Ziele - die Bekämpfung von gegnerischen Milizen in Ostlibyen darunter auch dschihadistische Gruppen, IS, und Al-Kaida nahe verband. Die LNA untersteht Khalif Haftar, der 2014 aus dem Exil in den USA zurück kehrte. Die LNA ist loyal gegenüber dem HoR in Tobruk und von diesem offiziell mandatiert für die Sicherheit in Ostliyben zu sorgen, doch auch innerhalb der LNA verfolgen einzelne Brigaden und in die LNA integrierte Milizen weiter eigene Interessen.

2017 lieferten sich LNA Einheiten mehrfach militärische Kämpfe mit dem "Shura Council of Benghazi" (SCBR), der ein Zusammenschluss mehrerer dschihadistischer Milizen ist um die Region unter ihre Kontrolle zu bringen. Ein von Amnesty verifiziertes Video zeigt einen LNA Angehörigen der drei Gefangene des SCBR in Bengasi mit einem Maschinengewehr erschießt. Die Gefangenen sind mit den Händen am Rücken gefesselt und knien mit dem Gesicht vor einer Mauer. In einem zweiten Video misshandelt und erniedrigt eine Gruppe von LNA Angehörigen einen Gefangenen, schleift ihn über den Boden und erschießt ihn anschließend.

UN Recherchen ermittelten mehrere extralegale Exekutionen in Sirte and

Bengazi von Kriegsgefangenen, was nach Genfer Konvention ein Kriegsverbrechen ist. Auf den Amnesty bekannten Videos war laut UN Panel zu Libyen auch Mahmud al-Warfalli sichtbar. Gegenüber dem UN Panel und Amnesty erklärten LNA Sprecher, dass Al-Warfalli verhaftet worden sei. Doch UN Recherchen ergaben, dass er am 9. April 2017 nach wie vor in Freiheit und im Einsatz ist und weiter die Einheit von Spezialkräften befehligte. Salafistische LNA Kommandeure hatten außerdem öffentlich dazu aufgerufen "Glaubensabtrünnige" zu exekutieren. In Sirte einer ehemaligen Basis von IS und al-Kaida nahen Gruppen auch aus dem Ausland, verübten die Brigade Bunyan Marsus nach UN Recherchen ebenfalls mehrere Dutzend illegale Exekutionen.
<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/N1711623.pdf>

Bereits im Juli 2016 wurden 14 Leichen mit gefesselten Händen in der al-Laithi Region nahe Bengazi gefunden und LNA Brigaden der Täterschaft verdächtigt. Bislang geht die LNA Führung nicht gegen Misshandlungen, Folter und extralegale Tötungen in ihren eigenen Reihen vor.

Internationaler Haftbefehl gegen LNA Kommandeur

Am 15. August stellte dann der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen Mahmoud al-Warfalli aus, der als Kommandeur der Spezialeinheit Al-Saiqa (LNA) verantwortlich für auf Videos dokumentierten extralegalen Hinrichtungen von Kriegsgefangenen gewesen sein soll. Die Videos wurden in sozialen Netzwerken gepostet und von Amnesty und UN als authentisch eingeschätzt.

Amnesty Pressemitteilung vom 15. August: Libya: ICC arrest warrant for Special Forces commander raises hopes for justice (nicht online verfügbar)

Libysche Verantwortliche verweigern Auslieferung von Saif Al-Islam Al-Gaddafi

In einem Statement vom 13. Juni fordert Amnesty die Überstellung von Saif al-Islam Gaddafi (Zweitältester Sohn des 2011 gestürzten und getöteten libyschen Präsidenten Muammar al-Gaddafi) an den Internationalen Strafgerichtshof. Sechs Jahre lang wurde er von der in Zintan herrschenden Miliz "Abu Bakr al-Siddiq Battalion" willkürlich gefangen gehalten und soll dabei auch misshandelt worden sein. Nun wurde er mit einer Amnestie frei gelassen.

Der Internationale Strafgerichtshof stellte bereits am 27. Juni 2011 einen internationalen Haftbefehl aus um die Strafverfolgung begangener Kriegsverbrechen während der Kämpfe zwischen Gaddafi Truppen und der Opposition in einem fairen Verfahren zu garantieren. Lokale Machthaber von Zintan und nationale Machthaber aus Tripolis verweigerten aber bislang die Auslieferung und Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof, der ein Mandat in Libyen hat solange die libysche Justiz nicht funktioniert, oder keine fairen Verfahren nach internationalen Standards durchführen kann.

Libysche Behörden in Tripolis verurteilten 2015 den Gaddafi Sohn in Abwesenheit zum Tode in einem unfairen Verfahren. Aber auch sie konnten dabei nicht die Auslieferung des Gesuchten von der lokalen Zintanmiliz durchsetzen - was ein weiteres Beispiel für die Macht lokal und regional

verankerte Milizen in Libyen ist.

UN Recherchen zu Folter in staatlichen Gefängnissen

Libyen Rechercheur:innen vom UN Panel recherchierten zu und in mehreren Gefängnissen in Ost und Westlibyen unmenschliche Bedingungen, Misshandlungen und Folter:

In Shahhat entdeckten UN Rechercheur:innen eine geheime Sektion im Qarnadah Gefängnis. Gefangene dort erzählten, dass sie von lokalen Gruppen des im März getöteten Ahmad al-Gharour gekidnappt worden waren und später an die LNA ausgehändigt wurden. Statt frei zu kommen waren sie nun Gefangene der LNA in einer geheimen Gefängnisabteilung, die nicht einmal Zugang zu sanitären Einrichtungen gewährte. Sie berichteten von psychischer und physischer Folter darunter hemmungslosen Schlägen und nannten auch Verantwortliche dafür: Munir Belaz und Rabi al-Sharif von der Salafi al-Tawhid Brigade leiteten die geheime Gefängnisabteilung.

Belaz hatte dafür ein offizielles Mandat der LNA. Weitere geheime Gefängnisse wurden auch in der Region um Bengazi entdeckt unter der Verantwortung von Salah al -Huweidi and Mahmud al-Warfalli, letzterer war bereits als Verantwortlicher für extralegale Exekutionen von Kriegsgefangenen in Bengasi identifiziert worden. Das Panel dokumentierte weitere Vorfälle von Folter und sexuellen Angriffen in der internen Sicherheitsabteilung in Kuwayfiah, unter dem LNA Kommando von Mohammad Idriss al-Seaiti.

Bericht des Libyen Panels an den UN Sicherheitsrat, Dokument S2017/466

<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/N1711623.pdf>

Abkommen zum Rückkehrrecht der Vertriebenen aus Tawargha

Am 19. Juni 2017 gab es ein politisches Abkommen zur Rückkehr der aus Tawargha vertriebenen Menschen mit offiziellen Vertretern der Lokalverwaltung aus Misratah und nationalen Vertretern aus Tripolis. Milizen aus Misrata hatten 2011 die etwa 40.000 Menschen aus Tawargha vertrieben und ihre Häuser zerstört. Die Miliz warf der gesamten Bevölkerung vor, dass Gaddafi loyale Kämpfer 2011 von Tawargha aus oppositionelle Milizen angegriffen hatten, die erklärte Feindschaft gegen die dunkelhäutigeren Bewohner:innen aus Tawargha tragen außerdem rassistische Züge.

Sechs Jahre lang wurden die Vertriebenen aus Tawargha auch im Exil in Flüchtlingslagern im ganzen Land verstreut immer wieder systematisch von Milizen aus Misrata angegriffen, willkürlich verhaftet, misshandelt und gefoltert, verschwanden oder wurden extralegal hingerichtet.

Als 35 Familien nach dem Abkommen am 22. Juni in die Geisterstadt Tawargha zurück kehren wollten, griffen Unbekannte aus Misrata sie an einem Checkpoint an und hinderten die Familien an der Rückkehr in ihre Stadt.

Amnesty kritisiert, dass die fortgesetzten Attacken gegen ehemalige Bewohner:innen aus Tawargha, ungesetzliche Festnahmen, Folter, Verschwinden Lassen und extralegale Hinrichtungen auch im aktuellen Abkommen ignoriert würden und die Straflosigkeit die Fortsetzung derartiger Taten weiter begünstige.

“Ein Abkommen das die Verbrechen gegen die zivile Bevölkerung einer ganzen Stadt ignoriert ist zum Scheitern verurteilt“, so das Fazit von Heba Morayef von Amnesty Nord Afrika.

Vertreibung und Verfolgung der Tawarghas 2011-2012:

[Libya: 'We are not safe anywhere': Tawarghas in Libya](#)

[Barred from their homes: Continued displacement and persecution of Tawarghas and other communities in Libya](#)

Im Fokus: Flüchtlinge und Migrant:innen

Nach Auffassung von Amnesty International und der UN machen sich EU-Regierungen durch Abkommen mit libyschen Akteuren, die sie wie die Küstenwache zu Wächtern der EU-Migrationskontrolle machen zu Komplizen schwerer Menschenrechtsverletzungen. Italien spielt dabei eine Vorreiterrolle doch UN und Menschenrechtsorganisationen sehen die Ursache in der Gesamteuropäische Flüchtlingspolitik, die Grenzstaaten wie Griechenland und Italien mit allen ankommenden Flüchtlinge alleine lässt.

Italien mit Transitflüchtlingen aus Libyen allein gelassen - Kriminalisierung von Seenotretter:innen rechtswidrig

Am 3. März kritisierte Amnesty in einer internen Mitteilung, dass EU Staaten die, 2015 erteilten Zusagen zur Umverteilung von Asylantragsteller:innen aus den Hauptankunftsstaaten Griechenland und Italien nicht erfüllen.

Aus Italien sollten 39.600 Menschen in anderen EU-Staaten aufgenommen werden, bis Februar 2017 wurden jedoch nur 3.600 Asylantragsteller:innen aus Italien umverteilt.

Die von Italien und weiteren EU-Ländern 2017 ausgeweitete Praxis NGO Schiffe festzuhalten und die private Seenotrettung zu kriminalisieren bewertet Amnesty als unrechtmäßig nach internationalem Recht.

Interne Mitteilung: "Let's bring them here", Q&A, 3. März 2017 (Online nicht verfügbar)

Tödliche Wirkung der EU-Flüchtlingspolitik

Am 24. März 2017 ertranken vermutlich 200 Menschen an nur einem Tag nahe der libyschen Küste. Für Gauri Van Gulik von Amnesty Europa "zeigt die jüngste Tragödie erneut das schändliche Versagen der europäischen Regierungen auf die Weltweite Flüchtlingskrise adäquat zu reagieren." Für ihn ist klar, "dass Mauern und Zäune verzweifelte Menschen nicht davon abhalten auf der Suche nach Sicherheit zu fliehen - sie bringen diese Menschen jedoch in tödliche Gefahr und füllen die Taschen von Schmugglern."

Für (Transit-) Flüchtlinge aus Libyen, die künftig nach dem Willen der EU Regierungen von der mit EU-Mitteln aufgerüsteten und ausgebildeten libyschen Küstenwache abgefangen und zurück nach Libyen gebracht werden sollen, bedeute die Abschottung der EU um jeden Preis eine erneute Auslieferung in unmenschliche Haft in der Folter und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/03/libya-mass-drowning-highlights-european-governments-shameful-failure-to-protect-refugees-and-migrants/>

Am Weltflüchtlingstag der jährlich am 20. Juni das Schicksal von Millionen Flüchtlingen weltweit in den Fokus rückt, ertranken mindestens 120 Menschen vor der libyschen Küste.

Matteo de Bellis, Researcher zu Migration bei Amnesty International kritisierte, dass es nur noch darum ginge die Anzahl von Flüchtlingen die (lebend) die EU erreichen weiter zu reduzieren, nicht etwa darum die hohe Todesrate auf der zentralen Mittelmeerroute zu reduzieren, was nur durch Seenotrettung möglich wäre.

In Libyen werden Flüchtlinge und Migrant:innen inhaftiert, Menschen die Anspruch auf internationalen Schutz haben, können diesen in Libyen nicht beantragen. Alle Ausländer die nach Libyen ein oder aus Libyen ausreisen oder sich dort aufhalten ohne libysche Papiere gelten in Libyen als Straftäter:innen und werden auf unbestimmte Dauer in Haft genommen. Auch Arbeitsmigrant:innen die seit Jahrzehnten in Libyen arbeiten und leben können jederzeit bei einer Kontrolle verhaftet werden. Die Küstenwache bringt Geflüchtete, die in Libyen Richtung Europ starten zurück in libysche Haft, Folter, Schläge, Vergewaltigungen und Ausbeutung.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/06/a-radical-change-is-needed-to-failing-eu-migration-policy/>

<http://www.newsweek.com/eu-refugee-crisis-migrants-brussels-policies-libya-628178>

EU-Komplizenschaft in "Libya's dark net of collusion"

In einer Pressemitteilung vom 20. Mai kritisierte Amnesty erneut die Kooperation der EU mit der libyschen Küstenwache.

Im Vorfeld des EU Ratstreffens am 22. Juni, forderte Amnesty die EU-Regierungen auf die Kooperation mit der libyschen Küstenwache zu stoppen.

“Die EU beauftragt die libysche Küstenwache Flüchtlinge und Migrant:innen in ein Land zurück zu bringen in dem ungesetzliche Inhaftierung, Folter und Vergewaltigung die Norm sind. Die EU rüstet die Küstenwache auf und ignoriert die Risiken für die betroffenen Flüchtlinge bei dieser Kooperation.“ Sagte Iverna McGowan von Amnesty Europa.

Die libysche Küstenwache missachte darüberhinaus internationale Standards und macht regelmäßig Gebrauch von Schusswaffen um Flüchtende aufzuhalten. Mit wenigen Ausnahmen werden alle die von der libyschen Küstenwache aus Seenot gerettet oder aufgehalten werden nach Libyen zurück gebracht und kommen dort in Haftzentren, wo sie auf unbestimmte Dauer fest gehalten werden und dabei Folter, Vergewaltigung, Schlägen und Ausbeutung

durch das Gefängnispersonal ausgesetzt sind.

Pressemitteilung vom 20. Mai: "EU: Cooperation with Libyan coastguard leading to inevitable abuses." (online nicht verfügbar)

Sklavenauktionen in Libyen

In Pressemitteilungen vom 27. und 30. November kritisierte Amnesty, dass auf die Schockreaktionen zu Videoaufnahmen offen operierender Sklavenmärkte in Libyen, die CNN veröffentlicht hatte, keine Taten folgten.

CNN Veröffentlichung auf Youtube:

<https://www.youtube.com/watch?v=2S2qtGisT34&feature=youtu.be>

“Seit Jahren dokumentieren wir wie Flüchtlinge und Migrant:innen die in Libyen fest sitzen willkürlicher Haft, Folter, Tötungen, Vergewaltigung, Erpressung und Ausbeutung ausgesetzt sind.” In diesem Zusammenhang sei die Entstehung öffentlicher Sklavenauktionen nur noch eine weitere Eskalation im Zirkel der Gewalt, dem Flüchtlinge und Migrant:innen in Libyen schutzlos ausgeliefert sind. Auch zuvor war schon bekannt, dass Flüchtlinge, die nicht zahlen konnten um sich aus dem Gefängnis freizukaufen direkt aus dem Gefängnis heraus in Sklavenähnliche Zwangsarbeit "vermittelt" wurden. Dabei zahlt dann ein Arbeitsvermittler an die Gefängnisleitung für die Freilassung, der Gefangene ist nun "Besitz" des Vermittlers oder eines vermittelten Arbeitgebers und arbeitet seine "Schulden" ab. Schulden die er nur hat weil libysche Gefängnisse als Geschäftsmodell Menschen mit Folter und Misshandlungen erpressen, sich frei zu kaufen.

“Die Realität ist, dass Tausende in Libyen in der Falle sitzen und einem Horror aus Misshandlungen, Erpressungen und Ausbeutung ausgeliefert sind - dank der intensiven Kooperation der EU mit offiziellen libyschen Akteuren die Teil des kriminellen Ausbeutungssystems sind.” Sagte John Dalhuisen (Research Direktor von Amnesty Europa) in einem Beitrag in Al-Jazeera.

<https://www.aljazeera.com/indepth/opinion/eu-complicity-refugee-abuse-libya-171212072937704.html>

Die UN und die IOM - die "International Organization of Migration", bestätigten die Entstehung offener Sklavenmärkte in Libyen mit eigenen Recherchen.

<https://refugeesmigrants.un.org/african-migrants-reportedly-being-sold-'slave-markets'-libya-un-agency-warns>

www.iom.int/news/iom-learns-slave-market-conditions-endangering-migrants-north-africa

Die Berichte von UN und Amnesty zum offenen Sklavenmarkt in Libyen zeigen, dass auch von Seiten libyscher Vermittler und "Arbeitgeber" kein Unrechtsbewusstsein vorhanden ist. Geschuldet ist das auch der allgemein Rechtlose Situation in Libyen bei der auch libysche Zivilist:innen in großer Anzahl willkürlich von Milizen entführt, gefoltert und zu Geldzahlungen erpresst werden. "Arbeitgeber" sehen sich in diesem System sogar als Helfer der

Flüchtlinge. Sie kaufen Flüchtlinge aus unerträglichen Haftbedingungen frei und diese arbeiten ihre Rettung dann eben bei ihnen oder durch sie vermittelt ab.

In der **Dokumentation 'Libya's dark web of collusion'** beschreibt Amnesty im Detail wie EU-Regierungen wissentlich Komplizen von Folter und Misshandlung Zehntausender Flüchtlinge und Migrant:innen in Libyen wurden und wie das Netz aus illegalen Absprachen zwischen Schmugglern und legalen Akteuren der libyschen Ausbeutung funktioniert. Oft kooperieren Milizen, kriminelle Banden, Schmuggler mit den staatlichen Diensten der Küstenwache und der Abteilung zur Bekämpfung der illegalen Migration, welche die staatlichen Haftzentren offiziell kontrollieren. In diesem landesweiten Netzwerk der maximalen Ausbeutung von Flüchtlingen und Migrant:innen sind diese vollkommen Schutz- und Rechtlos. Sie werden von einer Gruppe an die nächste verkauft, jedes Mal müssen sie erneut Geld aufbringen oder die Summe in Sklavenähnlicher Zwangsarbeit abarbeiten um sich aus unerträglicher Haft mit Folter und Todesdrohungen frei zu kaufen.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/7561/2017/en/>

Küstenwache aktiv im Erpressungs- und Ausbeutungsgeschäft

Amnesty erfuhr von Überlebenden in Italien, dass die Küstenwache ihr Boot geschützt hätte. Die einen wurden bis in internationale Gewässer von einem Boot der Küstenwache eskortiert, andere berichteten, ihr Boot trug die richtige Markierung und die Küstenwache ließ sie passieren. Das hieß, dass ihr Schmuggler direkt an die Küstenwache bezahlt hatte, erzählten die Zeugen.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/7561/2017/en/>

Die Recherchier:innen des UN Panel zu Libyen wiesen ebenfalls die aktive Beteiligung konkreter Mitarbeiter der Küstenwache im Folter und Erpressungssystem gegen Flüchtlinge nach. Abd al-Rahman Milad (alias Bija), and andere Küstenwachemitglieder versenkten laut Zeugenaussagen Flüchtlingsboote mit Schüssen (vermutlich weil diese nicht an die Küstenwache bezahlt hatten). In Zawiyah eröffnete das Küstenwachenmitglied Mohammad Koshlaf ein eigenes provisorisches Haftzentrum für Flüchtlinge in einem Raffineriegelände. Auch dort werden Flüchtlinge regelmäßig mit Folter erpresst sich freizukaufen.

2017 fing die libysche Küstenwache 20.335 Bootsflüchtlinge ab und brachte sie zurück in staatliche und private Haftzentren. Für alle aktiv im Menschenhandel involvierten Gruppen, einschließlich der Mitglieder der Küstenwache bedeutet das weitere Einnahmen, wenn aus abgefangen und zurück geschleppten Flüchtlingen dann noch mal Geld oder Zwangsarbeit erpresst werden kann und diese nach Freikauf oder Sklavenarbeit noch mal bezahlen, für einen weiteren Versuch das Mittelmeer zu überqueren.

Im gesamten Jahr gelangten 119.310 Menschen über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien, 2.832 Menschen ertranken auf dieser Route.

FLOW MONITORING - Libya's Migrant Report- ROUND 16 - DECEMBER 2017

<https://www.globaldtm.info/dtm-libya-migrant-report-information-package-16-december-2017/>

Fehlende Gesetze zum Aufenthaltsrecht und Flüchtlingsschutz in Libyen und internationales Recht

Die libyschen Gesetze aus der Gaddafi Ära begünstigen das aktuell existierende Inhaftierungs- und Erpressungssystem. Ausländische Staatsangehörige, die ohne Visum für Libyen ein- oder ausreisen machen sich strafbar und können nach libyschen Gesetzen ohne zeitliche Begrenzung inhaftiert werden - nach internationalem Recht ist diese Praxis illegal. Im Dezember 2017 befanden sich nach Zahlen der IOM 621.706 Migrant:innen ohne gültige Aufenthaltspapiere in Libyen, darunter viele die seit Jahrzehnten in Libyen lebten und arbeiteten.

IOM Dokument zu Migrant:innen in Libyen:

https://drive.google.com/file/d/1qCRv5QJeJiYvCKRQ8AUASXGP0w_GzZe/view

Auch Migrant:innen die schon seit vielen Jahren in Libyen leben sind aktuell in ständiger Gefahr verhaftet, und mit Folter zum Freikauf erpresst zu werden da sie nach libyschem Gesetz "illegal" sind - wurden auch sie zur Beute im Ausbeutungssystem der Milizen. Offiziell zuständig für die Verhaftung von Migrant:innen ohne Aufenthaltsrecht ist die Abteilung zur Bekämpfung illegaler Migration (DCIM). Libyen erkennt den Flüchtlingsstatus der Genfer Konvention nicht an und hat auch kein eigenes Asylsystem.

Auch in der Gaddafi Ära gab es Abkommen mit der EU, insbesondere mit Italien das auch in der Vergangenheit Transitland für Flüchtlinge die nach Europa wollten war. Ein 5 Millionen Euro Deal zwischen Italien und Gaddafi im Jahr 2007 habe dazu geführt, dass Flüchtlinge ab dato verstärkt inhaftiert wurden, um die im Abkommen vereinbarte Weiterreise nach Italien zu unterbinden. Außerdem brachten italienische Schiffe im Meer aufgegriffene Flüchtlingsboote im Rahmen des binationalen Abkommens zurück nach Libyen. Bis zum Ausbruch der Kämpfe 2011 ging diese Praxis so weiter. Der Europäische Gerichtshof urteilte erst im Jahr 2012, dass diese italienische Praxis ein Bruch von Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention war, dieser verbietet Folter und bindet die Vertragsstaaten an das non-refoulement Gebot. Das non-refoulement Gebot ist ebenso Bestandteil der Genfer Flüchtlingskonvention und der UN-Antifolterkonvention.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde19/7561/2017/en/>

Auch die aktuell 2017 beobachtete Praxis italienischer Marineschiffe, Flüchtlingsboote zu stoppen aber statt die Menschen selbst zu retten auf die libysche Küstenwache zu warten, damit diese die Flüchtlinge nach Libyen zurück bringen kann, ist nach Auffassung eines Rechtsgutachtens im Auftrag des deutschen Bundestages ein Bruch des Refoulement Verbots von italienischer Seite. Doch kann die libysche Küstenwache rechtlich gesehen, wenn sie ohne Zutun internationaler Schiffe selbst als erste vor Ort ist, Gerettete zurück nach Libyen bringen. Der libysche Anspruch auch in einer erklärten SAR-Zone mit der sie in internationalen Gewässern die Koordination der Seenotrettung im Jahr 2017 übernahm, ausländische Schiffe an der Einfahrt oder gar der Seenotrettung zu hindern, verstößt hingegen gegen internationales Seerecht. Mehrfach war es 2017 vorgekommen, dass die libysche Küstenwache Jagd auf NGO Schiffe gemacht hatte oder in laufende Rettungsaktionen auch unter Gebrauch von Schusswaffen eingegriffen hatte

und Anspruch auf die Flüchtlinge erhob.

Konkret griff die libysche Küstenwache folgende ausländische Schiffe in internationalen Gewässern an:

- die „Golfo Azzurro“ von „Proactiva Open Arms“ (taz, 24. August 2017)
- die „Aquarius“ von „SOS-Mediterranee“
- die „Iuventa“ und die „Vos Hestia“ von „Save the Children“ im Mai 2017 (Pressemitteilung von „SOS-Mediterranee“ vom 24. Mai 2017 und Bundestagsdrucksache 18/13153, S. 5 f.)
- die „Lifeline“ von „Mission Lifeline“ (vgl. Sächsische Zeitung vom 26. September 2017)
- Ende November 2017 die deutsche Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“ (Die Welt, 26. November 2017)
- Am 6. November 2017 gelang es nur durch das aktive Einschreiten der italienischen Marine, das Vorgehen der libyschen Küstenwache gegen Bootsflüchtlinge auf Hoher See zu stoppen

Die Vorfälle wurden in der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der GRÜNEN im Bundestag bestätigt.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/013/1901345.pdf>

Die Rettung von Schiffbrüchigen ist Pflicht für alle auf dem Meer befindlichen Schiffen. Sie dürfen und müssen auch ohne Koordinierung der zuständigen Seenotrettungsstelle retten, wenn sich die Koordination verzögert und Menschenleben in Gefahr sind. Die oben aufgelisteten Vorfälle ereigneten sich alle auf hoher See in der von Libyen angemeldeten SAR - Zone. Das Seerecht gilt prinzipiell sogar im Küstenmeer, also auf libyschem Territorialgebiet. Ausländische Schiffe, die dort Schiffbrüchige als erste entdecken oder einen Notruf empfangen sind zur Rettung verpflichtet. Allerdings darf die libysche Küstenwache das Einfahren und Warten auf Schiffbrüchige in ihren Territorialgewässern untersagen.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/525660/e43d2ccfb3b60ecb334f9276ae0f6f6c/wd-2-075-17-pdf-data.pdf>